

Schnitt in NRW

Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW durchleuchtet die zahllosen Datenzentralen, kommunale Spitzenverbände und Innenministerium bereiten die Gründung einer Dachorganisation vor. Endet der Wildwuchs in der kommunalen IT-Landschaft in Nordrhein-Westfalen?

Im Süden der Republik ist die kommunale IT-Landschaft seit jeher als Monokultur angelegt. Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und die Datenzentrale Baden-Württemberg dominieren die Szenerie in den beiden Ländern. Auch in Hessen gibt es nur noch eine kommunale Datenzentrale. Anfang 2008 fusionierten KGRZ Kassel und KIV in Hessen zur ekom21 – KGRZ Hessen. Und im hohen Norden wurde 2004 durch den Zusammenschluss der Datenzentrale Schleswig-Holstein mit dem Landesamt für Informationstechnik (LIT) und der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg zu Dataport eine Anstalt öffentlichen Rechts geschaffen, die mittlerweile IT-Dienstleistungen für staatliche und kommunale Kunden in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen anbietet.

Nur im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen herrscht ein Wildwuchs in der kommunalen IT-Landschaft mit zahlreichen kommunalen Rechenzentren und IT-Dienstleistern unterschiedlicher Rechtsformen. Traditionell ist die kommunale IT

in NRW in zwei Lager geteilt. IBM-Anwender sammelten sich 1967 unter dem Dach der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung (AKD). Den Dachverband Kommunale Datenverarbeitung Nordrhein-Westfalen (KDN) gründeten 1970 die Siemens-Anwender. Anfang 2004 wurde die KDN als Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen neu gegründet und hat heute zwölf Mitglieder. Im Jahr 2005 schlossen sich beide Verbände zur AKDN – Arbeitsgemeinschaft Kommunaler IT-Dienstleister in NRW zusammen. Mitglieder sind 18 Städte, vier Kreise, 16 kommunale Datenzentralen und Rechenzentren sowie IT.NRW, das ehemalige Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

Versuche, die zergliederte kommunale IT-Landschaft in Nordrhein-Westfalen zu konsolidieren gibt es schon seit Jahren. Einige kommunale IT-Dienstleister haben sich zu Verbänden oder Zweckverbänden zusammengeschlossen. Im Zweckverband IT-Kooperation Rhein/Ruhr arbeiten die Re-



Kommunale IT NRW: Dachorganisation am Horizont?

chenzentren der Städte Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg und Mönchengladbach sowie die Gebietsrechenzentren KRZN Niederrhein und ehemals KDVZ Neuss zusammen. Eine ähnliche Absicht verfolgen die vier kommunalen Datenzentralen KDVZ Rhein-Erft-Rur, KRZ Minden-Ravensberg/Lippe, GKD Recklinghausen und KDZ Westfalen-Süd mit dem Zweckverband X-IT-NRW. Außerdem sind die KDVZ Neuss und die IT-Abteilung der Landeshauptstadt Düsseldorf seit Anfang 2008 zur IT-Kooperation (ITK) Rheinland verschmolzen. Aber: Schon machen sich wieder zentrifugale Kräfte bemerkbar. Vor wenigen Wochen ist die GKD Recklinghausen aus der X-IT-NRW ausgestiegen.

Inzwischen haben auch politisch Verantwortliche in NRW erkannt, dass das Konzept der KDVZs, KRZs, KDZs oder GKDs, IT-Dienstleistungen in einem gemeinsamen Netz mit verteilten Betriebsstätten in Form von Kompetenzzentren oder Shared Service Centern für andere zu erbringen, nicht weiterträgt. Eine Koalition aus kommunalen Spitzenverbänden, dem Innenministerium und einzelnen Reformern will die alten Strukturen aufbrechen. Die kommunalen Spitzenverbände fürchten, die Situation führe zu Standortnachteilen für die nordrhein-westfälischen Kommunen. Die Umsetzung ebenenübergreifender IT-Projekte wird erschwert, weil ein unverhältnismäßig hoher Abstimmungsaufwand entsteht, um Schnittstellen und Datenaustauschformate festzulegen, prozessuale und technische Standards zu definieren oder den abgestimmten Betrieb von Fachverfahren zu organisieren. Eine technische Infrastruktur für ein übergreifendes, einheitliches Angebot an elektronisch gestützten Verwaltungsleistungen kann so nicht entstehen, fürchten die Spitzenverbände. Nicht zuletzt können Kostenvorteile nicht genutzt werden, die durch eine gebündelte Nachfragemacht der Kommunen und ihrer IT-Dienstleister gegen-

über der IT-Industrie geltend gemacht werden können.

In einer Sitzungsvorlage des Landkreistages NRW heißt es, der bisherige, am Prinzip der Freiwilligkeit orientierte Ansatz sei an seine Grenzen gestoßen. Da jeder kommunale IT-Dienstleister in erster Linie eigene Strategien und Absichten verfolge, seien Entscheidungen für übergreifende Investitionsmaßnahmen und gemeinsame Anwendungen nur schwer zu synchronisieren. Am Beispiel der IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie werde das Manko deutlich. Weil eine zentrale Instanz fehle, sei es nur dem Engagement einzelner Personen zu verdanken, dass die Umsetzung auf Landesebene überhaupt angelaufen sei. Das heißt im Klartext: Der Wettbewerb unter den kommunalen Rechenzentren und Datenzentralen verhindert eine Einigung über gemeinsame Ziele und die Schaffung einer zentralen Institution.

Die kommunalen Spitzenverbände wollen nun unter Beteiligung der AKDN ein Konzept erarbeiten, wie ein gemeinsames kommunales IT-Dienstleistungszentrum aussehen könnte. Es sollen Vorschläge gemacht werden zu dessen Rechtsform, Trägerschaft, Finanzierung und Aufgabenstellung. Es zeichnet sich ab, dass eine Dachorganisation „Kommunale IT NRW“ gegründet werden soll, welche mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet ist und somit die Richtung vorgeben kann. Außerdem führen die Spitzenverbände derzeit Gespräche mit der Landesregierung über eine Gesamtstrategie von kommunaler und staatlicher IT. Hier soll auch geklärt werden, welche Möglich-

keiten einer verbindlichen Regelung fachverfahrenstechnischer Fragen des IT-Einsatzes in der öffentlichen Verwaltung bestehen. Wo Freiwilligkeit nicht zum Ziel führt, soll Zwang weiterhelfen.

Eine Frage bleibt jedoch: Was geschieht mit den zahlreichen kommunalen Rechenzentren und Datenzentralen? Insider rechnen damit, dass in NRW nur drei bis fünf kommunale Rechenzentren übrig bleiben. Als Kristallisationskerne für Fusionen könnte das Produktportfolio dienen. Zwei Drittel der NRW-Kommunen passen in folgendes Raster:

- SAP-Lösungen für Finanz- und Personalwesen sowie die Software MESO für das Einwohnermeldewesen,
- Agresso (Finanz-Software KIRP), Personal-Software LOGA von P&I und OK.EWO für das Einwohnermeldewesen,
- SAP-Lösungen und OK.EWO.

Die endgültige Antwort könnte nach den Kommunalwahlen am 30. August gegeben werden. Denn das nordrhein-westfälische Innenministerium hat die Keule ausgepackt und die Gemeindeprüfungsanstalt beauftragt, die kommunalen Rechenzentren zu durchleuchten. Dabei geht es nicht nur um die finanzielle Situation, sondern auch um fachliche Fragen. Die Ergebnisse der Prüfungen werden im Herbst mit Hochspannung erwartet.

Einige Organisationen scheinen übrigens von selbst zu verdorren: Das Durchschnittsalter der Beschäftigten liegt bei über 50 Jahren.

Alexander Schaeff

Link-Tipp

Die Websites der Dachverbände kommunaler IT in NRW:

- www.akdn.de
 - www.kdn.de
 - <http://itkrr.duesseldorf.de>
 - www.itk-rheinland.de
 - www.x-it-nrw.de
- (bei Redaktionsschluss abgeschaltet)

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.